

Antrag D 1
Antragsteller DG NRW
Betrifft: Attraktivität von Verwaltungsarbeit

*Der 5. Ordentliche Delegiertentag der
Gewerkschaft der Polizei – Bezirk
Bundespolizei möge beschließen ...,*

**Empfehlung der
Antragsberatungskommission:**
Annahme

dass umgehend ein Programm zur Schaffung attraktiv bewerteter Dienstposten der Verwaltungsbeamten und Tarifbeschäftigten durch das BMI geschaffen wird.

Begründung:

Die Bundespolizei ist in der Verwaltung gegenüber anderen Arbeitsgebern nicht mehr attraktiv. Folge ist, dass sich die gut qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Verwaltungsbeamten- und Tarifbereich in den zurückliegenden Jahren erfolgreich in andere Bereiche der öffentlichen Verwaltung beworben haben, weil dort bessere Karrierechancen bestanden. Dies wird sich zukünftig noch fortsetzen. Um diese Kette zu unterbrechen und die Bundespolizei auch im Verwaltungsbereich wieder attraktiv zu gestalten, ist dringender Handlungsbedarf erforderlich.

- | | | |
|--|---|--|
| <input type="checkbox"/> Angenommen | <input type="checkbox"/> Abgelehnt | <input type="checkbox"/> Arbeitsmaterial |
| <input type="checkbox"/> Arbeitsmaterial zu | <input type="checkbox"/> Erledigt durch | <input type="checkbox"/> Nichtbefassung |
| <input type="checkbox"/> Annahme in der Fassung: | | |

Antrag

D 2

Antragsteller

DG Bundesbereitschaftspolizei

Betrifft:

Verwaltungsbeamte und -beamtinnen in der BPOL

*Der 5. Ordentliche Delegiertentag der
Gewerkschaft der Polizei – Bezirk
Bundespolizei möge beschließen ...,*

**Empfehlung der
Antragsberatungskommission:**
Annahme

dass sich der Bezirksvorstand dafür einsetzt, dass der Anteil von Verwaltungsbeamten und -beamtinnen zu erhöhen ist.

Begründung:

Derzeit werden im Bereich der Verwaltung, in Führungsgruppen, Stäben und im Innendienstbereich Polizeivollzugsbeamte und -beamtinnen mit Verwaltungsaufgaben beschäftigt. Die Verwendung erfolgt aus den unterschiedlichsten Gründen, meistens jedoch, um einen gestiegenen Anteil von Aufgaben besser und zeitgerecht erfüllen zu können. Auf der anderen Seite werden seit vielen Jahren weniger Verwaltungsbeamte und -beamtinnen eingestellt, sogar Stellen weiter abgebaut. Ziel muss es sein, durch die Erhöhung des Anteils von gut ausgebildeten Verwaltungsbeamten uneingeschränkt verwendungsfähige Polizeivollzugsbeamte und -innen wieder für den operativen Dienst zu gewinnen.

- | | | |
|--|---|--|
| <input type="checkbox"/> Angenommen | <input type="checkbox"/> Abgelehnt | <input type="checkbox"/> Arbeitsmaterial |
| <input type="checkbox"/> Arbeitsmaterial zu | <input type="checkbox"/> Erledigt durch | <input type="checkbox"/> Nichtbefassung |
| <input type="checkbox"/> Annahme in der Fassung: | | |

Antrag

D 3

Antragsteller

Tarifkommission

Betrifft:

Einsatz von Tarifbeschäftigten in Verwaltungsaufgaben der BPOL

*Der 5. Ordentliche Delegiertentag der
Gewerkschaft der Polizei – Bezirk
Bundespolizei möge beschließen ...,*

**Empfehlung der
Antragsberatungskommission:**
Annahme als Arbeitsmaterial zu D2

dass, der zunehmende Einsatz von PVB in verwaltungsnahe Aufgaben gestoppt wird und dafür tatsächlich Tarifbeschäftigte bzw. Verwaltungsbeamte eingesetzt werden.

Begründung:

Immer mehr werden im BPOL P und in den einzelnen BPOL D, der BPOLAK Polizeivollzugsbeamte/innen zu Aufgaben innerhalb der Verwaltung, also zu Vollzugsfremden Aufgaben eingesetzt.

Vorhandenes Tarifpersonal oder Verwaltungsbeamte könnten sich durch Qualifikation und Fortbildung in diese Verwaltungsaufgaben einarbeiten und genauso erfolgreich sein wie die PVB.

- | | | |
|--|---|--|
| <input type="checkbox"/> Angenommen | <input type="checkbox"/> Abgelehnt | <input type="checkbox"/> Arbeitsmaterial |
| <input type="checkbox"/> Arbeitsmaterial zu | <input type="checkbox"/> Erledigt durch | <input type="checkbox"/> Nichtbefassung |
| <input type="checkbox"/> Annahme in der Fassung: | | |

Antrag

D 4

Antragsteller

Direktionsgruppe Koblenz

Betrifft:

Anpassung der Planstellenobergrenze im Verwaltungsdienst

*Der 5. Ordentliche Delegiertentag der
Gewerkschaft der Polizei – Bezirk
Bundespolizei möge beschließen ...,*

**Empfehlung der
Antragsberatungskommission:**
Annahme

dass die derzeitige Planstellenobergrenzenverordnung im Verwaltungsdienst auf das Niveau des Polizeivollzugsdienstes angehoben, alternativ besser noch insgesamt abgeschafft wird.

Begründung:

Die derzeitige Planstellenobergrenzenverordnung im Verwaltungsdienst führt zu Einschränkungen der Personalentwicklung der Verwaltungsbeamtinnen und -beamten. Sie haben überlange Standzeiten (teilweise bis zu 20 Jahren) im jeweiligen Statusamt. Daher sollte die Planstellenobergrenzenverordnung Verwaltungsdienst auf Planstellenobergrenzenniveau im Polizeivollzugsdienst angehoben bzw. alternativ insgesamt komplett abgeschafft werden.

- | | | |
|--|---|--|
| <input type="checkbox"/> Angenommen | <input type="checkbox"/> Abgelehnt | <input type="checkbox"/> Arbeitsmaterial |
| <input type="checkbox"/> Arbeitsmaterial zu | <input type="checkbox"/> Erledigt durch | <input type="checkbox"/> Nichtbefassung |
| <input type="checkbox"/> Annahme in der Fassung: | | |